

Corbyn hätte im Rahmen des EHRC-Antisemitismusberichts nie ein faires Anhörungsverfahren bekommen

Jonathan Cook, jonathan-cook.net, 05.11.20

Einige Labour-Mitglieder hoffen vielleicht, dass der Bericht das lästige Antisemitismus-Kapitel der Partei zum Abschluss bringen wird. Sie könnten nicht weiter daneben liegen.

[Vollversion eines Artikels, der als Leitartikel bei *Middle East Eye* erschienen ist.]

Die wahre Bedeutung des Berichts der EHRC (britische Kommission für Gleichstellung und Menschenrechte) von der vergangenen Woche über die britische *Labour Party* und Antisemitismus konnte man in all der Aufregung über die Suspendierung des ehemaligen Parteivorsitzenden Jeremy Corbyn leicht übersehen.

Die Kommission hat die Schuld voll und ganz Corbyn zugeschoben. Alasdair Henderson, Ermittlungsleiter der Kommission, wurde mit den Worten zitiert: „Jeremy Corbyn ist letztendlich zuständig und verantwortlich für das, was damals geschah.“ Doch Corbyn war für diese unzulänglichen Vorgänge nicht verantwortlich, denn sie liegen lange vor dessen Wahl zum Parteivorsitzenden.

Der in der Öffentlichkeit hinterlassene Eindruck - verstärkt durch einen heftigen Medienrummel - war, dass der 130-seitige Bericht der EHRC die Behauptungen von Corbyns Kritikern bestätigt hatte, die Partei sei vor seinen Augen „institutionell antisemitisch“ geworden. In Wirklichkeit kam die Aufsichtsbehörde zu keinem solchen Schluss. Ihr Bericht war viel mehrdeutiger. Und was sie herausfand - sehr fehlerhaft, vage und eklatant widersprüchlich wie es war - bei weitem nicht so dramatisch, wie die Schlagzeilen es vermuten ließen.

Die Kommission kam zu dem Schluss, dass es „unzulässige Fälle von Belästigung und Diskriminierung gab, für die die *Labour Party* verantwortlich ist.

Diese Verfehlungen betrafen laut Kommission den Umgang mit Antisemitismus-vorwürfen sowie die Einmischung des Büros der Parteiführung in das Disziplinarverfahren und die „unrechtmäßige Belästigung“ durch zwei „Agenten“ der *Labour Party*. Nichts davon schien so etwas wie den vermeintlichen Behauptungen von einer „Seuche“ und „Flutwelle“ des Antisemitismus gleichzukommen, die seit fünf Jahren die Schlagzeilen beherrschen.

An den Tatsachen vorbei

Paradoxerweise klangen die Schlussfolgerungen der Gleichstellungskommission sehr nach Corbyns Aussage, dass das Ausmaß des Antisemitismusproblems bei der *Labour Party* „dramatisch überbewertet“ worden sei. Aufgrund dieser Bemerkung konnte die Partei ihn schnell suspendieren.

Der Aufruhr über den „institutionellen Antisemitismus“ war in der *Labour Party* so groß, dass die britische Öffentlichkeit laut einer kürzlich von den Akademikern Greg Philo und Mike Berry durchgeführten Umfrage mutmaßte, dass im Schnitt ein Drittel der *Labour*-Mitglieder wegen Antisemitismus diszipliniert wurde - mehr als 300 Mal so viele, wie es tatsächlich waren.

Aber am Ende konnte die Kommission nur zwei Fälle von gesetzwidrigem Antisemitismus ausmachen, für die die Partei verantwortlich war. Dem Bericht zufolge gab es 18 „Grenzfälle“, jedoch „gab es nicht genügend Beweise, um daraus zu schließen, dass die *Labour* Party für das Verhalten des Einzelnen rechtlich verantwortlich war“.

Eine angemessene Auslegung von Artikel 10 würde auch nahelegen, dass die Kommission bei der Beurteilung der Vorgehensweise der *Labour*-Partei gegen Antisemitismus verpflichtet war, eine klare, präzise und unumstrittene Definition von Antisemitismus anzubieten.

Trotzdem erklärte der Leiter der Kommission, Alastair Pringle, in einem Kommentar, der am Wochenende vom *Guardian* mit einvernehmlich veröffentlicht wurde, dass die betreffenden Zahlen irrelevant seien. „Ob es nun 3 %, 30 % oder 0,3 % waren, tut nichts zur Sache“, sagte er. Auf Fragen von *Middle East Eye* antwortete die EHRC, dass die Untersuchung „zum Ziel hatte, festzustellen, ob die *Labour* Party bezüglich der jüdischen Ethnizität oder des Judentums gegen das Gleichheitsgesetz verstieß, nachzusehen, welche Schritte die Partei unternommen hatte, um die Empfehlungen früherer Berichte umzusetzen, und zu beurteilen, ob die Partei mit Antisemitismuskritik rechtmäßig, effizient und effektiv umgegangen war.“ Die Kommission bestätigte jedoch Pringles Beobachtung, dass „die Untersuchung sich nicht darauf konzentrierte, das Ausmaß von Antisemitismus in der Partei zu beurteilen“.

Wie es scheint, stimmten die Kommissionsmitglieder gerne dem Eindruck zu, dass die *Labour* Party von Antisemitismus durchsetzt war, auch wenn sie herausfanden, dass das Phänomen in Wirklichkeit marginal war.

Stillstand der Anschuldigungen

Bemerkenswert ist, dass die EHRC es vermieden hat, die Verantwortung für die Versäumnisse der Partei im Umgang mit Antisemitismuskritik - der schwerwiegendste Vorwurf, den sie erhoben hat - namentlich genannten Personen zuzuschreiben. Durch diese Entscheidung konnte die Schuld praktischerweise auf den ehemaligen Vorsitzenden geschoben werden. In ihrer Erklärung gegenüber MEE räumte die Kommission ein, dass „das Versagen der politischen Führung sich während der Zeit [unserer] Untersuchung über die gesamte *Labour* Party erstreckte.“

Aber in Wahrheit haben der Bericht und die Kommission die Schuld voll und ganz Corbyn zugeschoben. Alasdair Henderson, Ermittlungsleiter der Kommission, wurde mit den Worten zitiert: „Jeremy Corbyn ist letztendlich zuständig und verantwortlich für das, was damals geschah.“ Doch Corbyn war für diese unzulänglichen Vorgänge nicht verantwortlich.

Sie liegen lange vor dessen Wahl zum Parteivorsitzenden. Und zudem war seine Möglichkeit, das Beschwerdeverfahren positiv zu beeinflussen, dadurch stark eingeschränkt, dass sich die Disziplinarstelle der Partei fest in den Händen einer zentristischen Bürokratie befand, die ihm zutiefst feindlich gesinnt war.

Wie ein im Frühjahr durchgesickelter interner Bericht deutlich machte, waren die hochrangigen *Labour*-Funktionäre dermaßen gegen Corbyn und seine sozialistische Agenda, dass sie sogar versuchten, die Parlamentswahlen 2017 zu sabotieren, um ihn loszuwerden. Sie fanden im Antisemitismus bald eine ideale Möglichkeit, Corbyn zu verleumden. Sie griffen fragwürdige Fälle auf, die - bevor er Parteichef wurde - nie in Betracht gekommen wären, auch nicht gegen jüdische Parteimitglieder, die Israel heftig kritisierten. Dann verhinderten sie die Aufklärung der Vorwürfe, um den Eindruck zu erwecken, dass die Partei, und damit implizit auch Corbyn selbst, das Thema Antisemitismus nicht ernst nahm.

Als die meisten dieser Funktionäre Anfang 2018 ihre Posten verlassen hatten, so räumt die Gleichstellungskommission ein, hatte die Bearbeitung von Antisemitismusvorwürfen begonnen, sich zu verbessern.

Von denjenigen, gegen die wegen Antisemitismus ermittelt wurde, ein erheblicher Anteil jüdische Parteimitglieder, die ihre Kritik an Israel offen äußerten. Viele Juden, die sich deutlich gegen Israel aussprechen, sind in der *Labour Party* aktiv, gegenwärtig auch in einer Gruppe namens *Jewish Voice for Labour*.

Wie meine Kollegen von *Middle East Eye*, Peter Osborne und Richard Sanders, dargelegt haben, liegt eine tiefe Ironie in der Tatsache, dass gerade diese Funktionäre sich zu Antisemitismus „Whistleblowern“ umgemodelt haben, obwohl sie doch die Hauptverantwortlichen für die größten von der Kommission festgestellten Versäumnisse waren. Genau diese Funktionäre trugen dazu bei, dass ein politisiertes Klima entstand, das es der EHRC ermöglichte, seine 18-monatige Untersuchung aufzunehmen - die erste derartige Untersuchung einer großen politischen Partei.

Unfaire Ermittlungen

Der zweite Befund des Aufsichtsbehörde gegen *Labour* ergibt sich aus dem ersten - und steht dazu in krassem Widerspruch. Dem Team von Corbyn wird „politische Einmischung“ in das Beschwerdeverfahren vorgeworfen, wodurch die Gefahr einer „indirekten Diskriminierung“ entstehe.

Bei 70 Beschwerden, die sie untersucht hat, fand sie über einen Zeitraum von drei Jahren 23 Fälle, in denen es beim Umgang mit antisemitischen Vorfällen zu „politischer Einmischung“ durch das Büro des Parteichefs und durch andere Akteure kam.

In den meisten dieser Fälle versuchten Corbyns Mitarbeiter, festgefahrene Antisemitismus Verfahren zu beschleunigen, welche die Partei in große Verlegenheit brachten - und bringen sollten. Sie versuchten, genau das zu tun, was Kritiker wie das *Board of Deputies of British Jews* von ihnen verlangten.

Der EHRC-Bericht räumte ein, dass in einigen Fällen die Einmischung von Corbyn-Mitarbeitern den Handlungsablauf katalysierte.

In dem Bericht vergraben findet man das erstaunliche Eingeständnis der Kommission, dass sie unter den 70 ausgewählten Fällen bei 42 *Labour*-Mitgliedern, gegen die wegen Antisemitismus ermittelt worden war, „Bedenken hinsichtlich der Fairness“ fanden, in anderen Worten: Es waren diejenigen, die des Antisemitismus beschuldigt wurden, anstatt diejenigen, die die Anschuldigungen erhoben, die von *Labour* schlecht behandelt wurden - entweder von der Corbyn feindlich gesinnten Disziplinarinstanz oder von Corbyns eigenen Mitarbeitern, die versuchten, die Lösung der Fälle zu beschleunigen.

Die Kommission misst in ihrem Bericht Corbyns Team mit einem unmöglichen Maß. Von *Labour* erwartete man „Null Toleranz“ gegenüber Antisemitismus, doch Corbyns Team werden nun diskriminierende Aktivitäten dafür vorgeworfen, dass es versucht hat, sein Versprechen diesbezüglich umzusetzen.

Um für diese Ungereimtheit ein Beispiel zu nennen: die Gleichstellungsaufsicht stellte fest, dass Ken Livingstone, ein ehemaliger Bürgermeister von London, „unrechtmäßige Belästigungen“ begangen habe. Gleichzeitig bestraft die Kommission Corbyns Büro dafür, dass es versucht hat, strengere Maßnahmen gegen ihn zu erwirken.

In einem weiteren Fall drückte Corbyns engerer Kreis - nachdem die Disziplinarstelle selbst um Rat gebeten hatte - seine Besorgnis darüber aus, dass das Beschwerdeverfahren Gefahr laufe, diskreditiert zu werden, wenn gegen jüdische Mitglieder weiterhin wegen Antisemitismus ermittelt würde, was typischerweise nach einer Kritik an Israel geschah.

Dies sieht wie ein klassisches Beispiel für das Motto „Verdammt, wenn du es tust und verdammt, wenn du es nicht tust“ aus.

Auf eine diesbezügliche Anfrage des MEE antwortete die Kommission: „Bei der Frage der Unangemessenheit politischer Einmischung bei Antisemitismuskritik kommt es nicht zwingend auf das Ergebnis, als vielmehr auf die Beeinträchtigung der Fairness des Vorgangs an.“ Es gehe vielmehr um „das Vertrauen der Öffentlichkeit“.

Aber das „Vertrauen der Öffentlichkeit“ wurde stillschweigend umfunktioniert: Es geht nicht mehr in erster Linie darum, dass es der *Labour*-Partei bei der Bekämpfung des Antisemitismus an Ernsthaftigkeit mangelt; es weist stattdessen darauf hin, dass *Labour* bei der Bekämpfung des Antisemitismus zu voreilig und in einigen Fällen zu aggressiv vorgegangen ist.

In ähnlicher Weise ist auch die Verwendung des Begriffs „indirekte Diskriminierung“ im Rahmen des Auftrags der Kommission, Rassismus zu untersuchen, zutiefst kontraintuitiv. „Diskriminierung“ scheint sich hier oft darauf zu beziehen, dass Corbyns Personenkreis bestrebt war, dafür zu sorgen, dass jüdische Parteimitglieder, seien es die des Antisemitismus Beschuldigten oder die Beschuldigten, sensibel behandelt wurden - auch wenn dies auf Kosten der Fairness gegenüber nicht-jüdischen Mitgliedern ging.

Aus der Labour Party gejagt

Der Elefant im Raum, den die Kommission ignoriert, ist, dass es wegen dieses Bürgerkriegs eine „feindliche Umgebung“ für alle in der Partei gab, nicht nur für jüdische Mitglieder.

Fühlten sich die jüdischen und nichtjüdischen Mitglieder, denen vorgeworfen wurde, Antisemiten zu sein - oft nachdem sie Israel kritisiert oder beobachtet hatten, dass unter dem Deckmantel des Antisemitismuskritik versucht wurde, die Linken der Partei loszuwerden - in der Labour Party willkommen? Oder fühlten sie sich gejagt und stigmatisiert?

In diesem Zusammenhang ist es erwähnenswert, dass der hochkarätigste Fall des ehemaligen *Labour*-Abgeordneten Chris Williamson bei den wichtigsten Bemängelungen des Berichts fehlt. Williamson, ein Verbündeter Corbyns, wurde im vergangenen Jahr zum Austritt gezwungen, nachdem er angedeutet hatte, dass *Labour* den Kritikern, die behaupteten, die Partei sei von Antisemitismus befallen, zu viel Raum gewährt habe. *Labour*, so argumentierte er, habe diese Behauptungen dadurch glaubwürdiger erscheinen lassen.

Die Kommission weist im Bericht wiederholt darauf hin, dass Kommentare dieser Art das darstellen, was sie als „antisemitischen Tropus“ bezeichnet. Viele Parteimitglieder haben wegen ähnlicher Äußerungen mit einer Untersuchung und einer Suspendierung oder einem Ausschluss rechnen müssen. Williamsons Bemerkung schließt sich in der Tat eng an Corbyns Kommentar von letzter Woche an, das Ausmaß des Antisemitismus in der Labour-Partei sei „dramatisch überbewertet“ worden, was zu Corbyns Suspendierung führte.

Ungewöhnlich ist jedoch, dass Williamson letztes Jahr beim Obersten Gericht angefocht, wie er von *Labour* behandelt wurde, und gewann. Nachdem ihm ein Entwurf des Berichts zugesandt worden war, drohte Williamson mit einer Klage

gegen die Gleichstellungskommission wegen einer, wie er es nannte, „Mischung aus lächerlichen und beleidigenden Kommentaren“.

Offensichtlich wird er in Konsequenz dessen nicht neben den beiden im Bericht kritisierten Funktionären, Livingstone und Pam Bromley, genannt. Vielmehr wird er, wiederum paradoxerweise, vor allem im Zusammenhang mit der „politischen Einmischung“ in das Beschwerdeverfahren gegen die *Labour*-Partei erwähnt, weil er - auf skandalöse Weise - suspendiert, dann wieder eingestellt und dann schnell wieder suspendiert wurde

Die Übergriffe, die Williamson erlitten hat, dienen dazu, einmal mehr zu zeigen, wie pervers das Narrativ der Medien über den Umgang der *Labour*-Partei mit Antisemitismus oft war. Statt Antisemitismus zu ignorieren, jagte *Labour* eher allzu oft Menschen wie Williamson aufgrund fadenscheinigster Beweise aus der Partei.

Es war genau diese Art der „politischen Einmischung“ gegen Williamson und andere, die nahelegt, dass Antisemitismus in der *Labour*-Partei tatsächlich als Waffe eingesetzt wurde.

Meinungsfreiheit ignoriert

Die Kommission ist gesetzlich verpflichtet, konkurrierende Rechte - Meinungsfreiheit und Schutz vor Rassismus - sorgfältig gegeneinander abzuwägen. Solche Überlegungen sind besonders heikel, wenn das Verhalten einer großen politischen Partei untersucht wird.

Die Aufsichtsbehörde für Gleichstellung muss Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention - Schutz der Meinungsfreiheit - berücksichtigen, der auch im britischen Recht verankert ist. Doch die Ergebnisse der Kommission scheinen grundsätzlich im Widerspruch zur Achtung der Meinungsfreiheit zu stehen. Jegliche vernünftige Auslegung des Gesetzes legt nahe, dass eine politische Partei nur dann untersucht werden sollte, wenn sie eklatant und systematisch gegen Antirassismusetzen verstößt. Der Bericht selbst zeigt jedoch, dass diese Voraussetzungen bei weitem nicht erfüllt waren.

Die Kommission selbst weist in dem Bericht ungewollt auf diesen Punkt hin. Sie stellt fest, dass die Schutzbestimmungen in Artikel 10 auch dann gelten, wenn die Kommentare beleidigend und provokativ sind, und dass dieser Schutz im Falle von Mandatsträgern noch „verschärft“ gilt.

Sie fügt hinzu: „Artikel 10 schützt die Mitglieder der *Labour* Party, die z.B. legitime Kritik an der israelischen Regierung üben oder ihre Meinung zu parteiinternen Angelegenheiten äußern, wie zum Ausmaß des Antisemitismus innerhalb der Partei“. Diesen Schutz ignoriert sie dann weiterhin im Bericht völlig, wie es wiederum die *Labour* Party mit ihrer Suspendierung von Corbyn getan hat. Eine angemessene Auslegung von Artikel 10 würde auch nahelegen, dass die Kommission bei der Beurteilung der Vorgehensweise der *Labour*-Partei gegen Antisemitismus verpflichtet war, eine klare, präzise und unumstrittene Definition von Antisemitismus anzubieten. Diese Definition hätte dann für die Kommission einen Maßstab festgelegt, nach dem sie hätte beurteilen können, ob in den Parteipraktiken der *Labour*-Partei signifikante Beweise für Antisemitismus gefunden wurden, die eine Einschränkung der Meinungsfreiheit rechtfertigten würde.

Umstrittene Sprache

Aber dieser Maßstab konnte nicht festgelegt werden, weil die Kommission nie richtig dargelegt hat, was sie unter Antisemitismus versteht. Stattdessen drängte sich die Kommission in einen Fraktionskrieg einer der großen politischen Parteien hinein, in dem die Sprache selbst - mit all ihren Mehrdeutigkeiten - zutiefst umstritten war.

In Antwort auf diese Kritiken hat die Kommission festgestellt, dass die Definition der *International Holocaust Remembrance Alliance* - die stark dafür kritisiert wird, dass sie Kritik an Israel mit Antisemitismus vermischt, die jedoch Corbyn aufgezwungen wurde, als er *Labour*-Chef war - „nicht rechtsverbindlich ist“. Sie fügte hinzu: „Wir nehmen das Konzept des Sonderausschusses des Innenministeriums zur Kenntnis, nämlich, dass es nicht antisemitisch ist, die israelische Regierung mit den gleichen Maßstäben wie andere liberale Demokratien zu messen, die israelische Regierung zu kritisieren oder ein besonderes Interesse an der Politik oder dem Handeln der israelischen Regierung zu haben, ohne dass zusätzliche Anzeichen für eine antisemitische Intentionen vorliegen“.

Diese Definition lässt natürlich viele vom linken Parteiflügel, einschließlich von der jüdischen Linken, im Regen stehen, die der Ansicht sind, Israel sei keine liberale Demokratie und strebe nicht einmal danach, eine solche zu sein, wie die Verabschiedung des israelischen Nationalstaatsgesetzes von 2018 eindeutig gezeigt hat. Dieses Gesetz schloss ein Fünftel der Bevölkerung Israels aus, die nach der Selbstdefinition des Staates nicht jüdisch sind. Wenn einer politischen Partei solche ideologisch geprägte Sichtweisen aufgezwungen werden, scheint die Kommission selbst diejenige zu sein, die sich der „politischen Einmischung“ hochgradig schuldig macht.

Mangel an Beweisen

Weit davon entfernt, die Spannungen zu lösen, verdeutlicht der EHRC-Bericht die gärenden, unversöhnlichen Narrative der Partei zum Thema Antisemitismus. Er schürt den schwelenden Bürgerkrieg innerhalb der Partei beträchtlich.

Die Anrufung der Kommission erfolgte durch zwei pro-israelische Gruppen, die *Campaign Against Antisemitism* (CAA) und *Jewish Labour Movement* (JLM). Corbyns Mitstreiter argumentierten, dass die Vorwürfe eines spezifischen Antisemitismusproblems in der *Labour*-Partei einer ideologisch motivierten und substanzlosen Verleumdung gleichkämen. Als Corbyn letzte Woche versuchte, seine Aussagen mit dem Argument zu rechtfertigen, das Ausmaß des Antisemitismusproblems sei „aus politischen Gründen dramatisch übertrieben“ worden, wurde er suspendiert. Aber er und seine Verbündeten haben stichhaltige Beweise, um diese Behauptung zu begründen.

Erstens, so stellen sie fest, zeigen Umfragen, dass Anhänger der *Labour*-Partei eher seltener antisemitische Haltungen an den Tag legen, als Anhänger der Konservativen oder die Allgemeinheit. Eine Umfrage des Magazins *The Economist* im vergangenen Jahr ergab, dass die linksgerichteten Bevölkerungsteile Großbritanniens zwar bei weitem die kritischsten Ansichten über Israel hatten, aber auch am allerwenigsten zu Antisemitismus neigten.

Zweitens können Corbyns Anhänger auf die eigenen Statistiken der Partei verweisen, aus denen hervorgeht, dass überhaupt nur ein verschwindend geringer Anteil der Mitglieder in das Disziplinarverfahren der Partei wegen Antisemitismus verwickelt waren. Das war selbst dann noch der Fall, nachdem pro-israelische Gruppen wie die CAA und die JLM Beiträge in sozialen Medien nach Beispielen durchforsteten, um Corbyn zu diskreditieren, und nachdem es ihnen gelungen war, die Partei so einzuschüchtern, dass sie die neue Antisemitismusdefinition der IHRA übernahm, die Hass auf Juden und Kritik an Israel gleichsetzt.

Und drittens waren von denjenigen, gegen die wegen Antisemitismus ermittelt wurde, ein erheblicher Anteil jüdische Parteimitglieder, die ihre Kritik an Israel offen äußerten. Viele Juden, die sich deutlich gegen Israel aussprechen, sind in der *Labour Party* aktiv, gegenwärtig auch in einer Gruppe namens *Jewish Voice for Labour*. Indem sie die Tatsache verschleierten, dass viele der schärfsten Kritiker Israels in der *Labour*-Partei jüdisch waren, gaben die Medien und pro-israelischen Propagandisten Corbyns Gegnern eine willkommene Peitsche in die Hand, mit der sie ihn schlagen konnten.

Angesprochen auf das Versäumnis des Kommissionsberichts, die mangelnde Beweislage zu beheben, wurde in der Erklärung der Kommission an das MEE erneut darauf hingewiesen, dass der Bericht „nicht darauf fokussiert, das Ausmaß des Antisemitismus in der Partei zu bewerten“. Und scheinbar die Kritik von Gruppen wie *Jewish Voice for Labour* bestätigend, dass es sehr wenige Fälle von Antisemitismus bei einer Mitgliederzahl von über 500.000 gab, hieß es in der Erklärung weiter: „Die Beschwerden umfassten mehr als 220 Anschuldigungen wegen Antisemitismus innerhalb der *Labour Party*, die bis ins Jahr 2011 zurückreichten.“

Eine Kampagne des Establishments

Der Bericht der Kommission vermeidet es, auf diese Beweislage einzugehen, was die Grundlage ihrer Untersuchung unterlaufen und ihren politischen Charakter nahegelegt hätte. Aber wenn Corbyns Anhänger Recht haben und es kaum greifbare Beweise für die Anschuldigung dafür gab, dass *Labour* ein besonderes Antisemitismusproblem hat, abgesehen natürlich von ein paar wenigen Antisemitinnen und Antisemiten in ihren Reihen - wie konnte der Aufschrei dann so groß werden?

Hier verbündet sich die EHRC mit Corbyns Kritikern, um eine sich selbst rationalisierende Theorie vorzulegen. Sie scheint zu akzeptieren, dass jeder, der bestreitet, dass *Labour* unter Corbyn ein ausgeprägtes Antisemitismusproblem hatte, oder behauptet, dass *Labour* kein größeres Problem hatte als der Rest der britischen Gesellschaft, damit beweist, dass er ein Antisemit ist.

Aber in Wirklichkeit gibt es andere, völlig glaubwürdige Gründe dafür, dass die Antisemitismus Vorwürfe gegen *Labour*, wie Corbyn bemerkte, „aus politischen Gründen dramatisch übertrieben“ oder sogar glatte Verleumdungen waren.

Corbyn wurde in der Tat von pro-israelischen Gruppen von ihrer parteilichen Perspektive aus sehr verständlichen Gründen ins Visier genommen. Er war der erste britische Parteiführer in Reichweite der Macht, der die palästinensische Sache unmissverständlich unterstützte und Israel für seine anhaltende Unterdrückung des palästinensischen Volkes mit schwerwiegenden Auswirkungen drohte.

Aber die Anschuldigungen der pro-israelischen Lobbyisten gewannen politisch nur an Zugkraft, weil er gleichzeitig vom neoliberalen Establishment ins Visier genommen wurde. Dazu gehörten die Medien, die *Conservative Party* und in besonders schädigender Weise der immer noch dominierende „Blair-Flügel“ seiner eigenen Partei, der sich nach einer Rückkehr zu den glorreichen Tagen der *Labour*-Partei unter dem ehemaligen Parteichef Tony Blair sehnte.

Sie alle wollten verhindern, dass Corbyn in Nummer 10 einzieht. Letztendlich erwies sich der Antisemitismus als die effektivste aus der Palette von Verleumdungen, die sie an Corbyn ausprobiert haben. Das Ziel war, ihn in den Augen der britischen Wählerschaft zu diskreditieren, um sicherzustellen, dass er niemals eine sozialistische Plattform umsetzen könnte, die die Interessen des Establishments mit aller Wucht herausfordern würde.

Teil des Regierungsapparats

Realistisch betrachtet hätte sich die EHRC niemals auf die Seite von Corbyn und seinen Anhängern gegen dieses Narrativ des Establishments gestellt. In ihrer Erklärung gegenüber dem MEE bestand die Aufsichtsbehörde für Gleichstellung darauf, dass sie eine „neutrale Kontrollinstanz“ sei, die ihre „politische Unparteilichkeit unglaublich ernst“ nehme.

Die Kommission scheint indes der Inbegriff eines Organs des Establishments zu sein, voller Geschäftsleute und Anwälte, die von der Königin geehrt werden. Sie ist sogar von ehemaligen Insidern scharf kritisiert worden. Simon Woolley, ein

ehemaliger Kommissionär, meinte kürzlich, dass keiner der jetzigen Kommissionsmitglieder schwarz oder muslimisch sei, nachdem er und Meral Hussein-Ece aus dem Amt gedrängt worden waren, weil sie, wie sie sagen, als „zu laut und scharf“ bei der Auseinandersetzung um die falsche Art von Rassenthemen angesehen wurden.

Unterdessen wurde Ihr scheidender Vorsitzender David Isaacs 2016 von der Regierung der Konservativen ins Amt gehoben, obwohl seine Anwaltskanzlei „signifikante Arbeit für die Regierung“ leistete. Ein parlamentarischer Ausschuss äußerte seinerzeit Bedenken wegen eines sehr offensichtlichen Interessenkonflikts.

Im vergangenen Juni stellte Corbyn gegenüber *Middle East Eye* fest, dass die Regierungen der Konservativen den Etat der Kommission während des vergangenen Jahrzehnts um fast dreiviertel gekürzt hätten. Es gab weitverbreitete Befürchtungen, dass sich die Aufsichtsbehörde bei der Regierung anbieten könnte, um weitere Kürzungen zu vermeiden. Die Kommission sei nun, so Corbyn, „Teil des Regierungsapparats“.

Das könnte erklären, warum die Kommission, nachdem sie die brandstiftende Entscheidung getroffen hatte, gegen die oppositionelle *Labour*-Partei zu ermitteln, sich weigerte, eine ähnliche Untersuchung bei den Konservativen durchzuführen, obwohl Erkenntnisse darauf hindeuten, dass sowohl Islamophobie als auch Antisemitismus in der Regierungspartei weitaus stärker verbreitet sind als bei *Labour*.

Anfang - nicht Ende

Einige in der Labour-Partei hoffen vielleicht, dass mit dem Bericht das leidige Antisemitismus-Kapitel der Partei sich zu Ende neigen wird. Sie könnten damit nicht weniger falsch liegen.

Mit dem Segen der Gleichstellungskommission gewappnet und durch Corbyns Suspendierung bestärkt schickte die CAA (Kampagne gegen Antisemitismus) umgehend einen Brief an die *Labour Party* und forderte den Skalp eines weiteren Dutzends Abgeordneter, darunter Angela Rayner, die stellvertretende Parteivorsitzende.

Der *Jewish Chronicle*, die seit Jahren die Anschuldigung betreibt, dass *Labour* von Antisemitismus durchsetzt ist, veröffentlichte einen Leitartikel dazu, dass der Kommissionsbericht „nicht ein Ende, sondern einen Anfang markiert“.

In practice, those stakeholders are likely to be the Board of Deputies and the Jewish Labour Movement, both of which have been keen to conflate antisemitism with entirely unrelated criticism of Israel.

Die Kommission selbst empfiehlt, nicht näher definierte „Interessenvertreter der jüdischen Gemeinde“ mit der Schulung von Funktionären der Arbeitspartei über Antisemitismus zu beauftragen. In der Praxis dürfte es sich bei diesen Interessenvertretern um das *Board of Deputies* und die *Jewish Labour Movement* handeln, die beide den mit völlig unzusammenhängender Kritik an Israel verbinden.

In einem inzwischen vertrauten autoritären Schritt warnte der Generalsekretär der *Labour*-Partei, David Evans, die regionalen und lokalen Parteiverbände davor, den Bericht zu diskutieren oder seine Ergebnisse in Frage zu stellen. Und Corbyns Nachfolger, Keir Starmer, drohte damit, dass jeder, der andeutet, dass Antisemitismus in der *Labour*-Partei „übertrieben“ oder für parteiinterne Zwecke benutzt worden ist - wie selbst die Kommission in ihrem Bericht feststellt - kurzerhand von der Partei bestraft werden wird.

Berichten zufolge sollen sich Parteifunktionäre bereits darauf vorbereiten, Unterstützungsbekundungen für Corbyn in sozialen Medien zu recherchieren, während mit Corbyn sympathisierende Abgeordnete angeblich überlegen, ob sie abspringen sollen, bevor sie aus der Partei ausgeschlossen werden. Len McCluskey, der Chef von *Unite*, der größten Gewerkschaft, von der *Labour* Spenden bekommt, hat von bevorstehendem „Chaos“ gesprochen. Er warnte: „Eine gesplattene Partei wird zur Niederlage verurteilt sein.“

Vermutlich hat er Recht. Der Bürgerkrieg in der *Labour* Party ist im Begriff, schlimmer zu werden. Und dies wird - während Großbritannien unter der gnadenlosen Miswirtschaft und Korruption einer konservativen Regierung leidet - manche wirklich sehr glücklich machen.

Übersetzung: R. Häberle, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle: <https://www.jonathan-cook.net/2020-11-05/equalities-commission-labour-antisemitism/>